ISOR aktuell

MITTEILUNGSBLATT
der Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e. V.

✶ Nummer 11/2026 ✶ 34. Jahrgang ✶ November 2026 ✶

✶ AUS DEM INHALT ✶

S. 2: VORSTAND
S 3: ALTERSSICHERUNG UND DER KAMPF UM RENTENGERECHTIGKEIT
S 4: AUS UNSEREN TIG: Barnim, Chemnitz, Kühlungsborn, Potsdam ...
S 6: DDR - ERINNERUNGEN

GESTOHLENE RENTE: Wie der Staat DDR-Bergleute um ihre Lebensleistung betrog

https://ostdeutscheallgemeine.com/article/gestohlene-rente-wie-der-staat-ddr-bergleute-um-ihre-lebensleistung-betrog-10271150

Bergleute opferten in DDR-Schwelereien ihre Gesundheit für eine versprochene Zusatzrente. Nach der Wende wurde ihnen diese klammheimlich gestrichen.

Ein gelblicher Schleier legte sich wie Fett auf die Lungen und hinterließ den Geschmack von Chemie auf der Zunge. Wer im sächsischen Braunkohleveredelungswerk Espenhain arbeitete, trug den Qualm der Schwelerei tief unter der Haut. „Obwohl wir nach der Schicht stundenlang geduscht haben, stank es im Pendlerbus unerträglich nach Schwefel“, erinnert sich Klaus-Dieter Wolf (83), der einstige Leiter der betriebseigenen Anschlussbahn. „Der Geruch bezwang jede Seife. Manche Kumpel schliefen nicht mal im Ehebett, weil die Frauen diesen schweren Gestank nicht aushielten.“ Die Kohleveredlung war der unumstößliche Lieferant von Grundstoffen für die chemische Industrie und Energielieferant für die Bevölkerung der DDR. Die Kumpel opferten im toxischen Nebel aus Schwefeldioxid, Phenolen und krebserregendem Staub tagtäglich ihre Gesundheit – angetrieben von dem gesetzlichen Versprechen einer bergmännischen Zusatzrente, die im Alter die geringere Lebenserwartung finanziell ausgleichen sollte.

Doch nach dem Zusammenbruch der DDR folgte die soziale Kälte der gesamtdeutschen Rentenüberleitung – ein lautloser Raub von Lebensleistungen durch verdeckte bürokratische Hebel. „Als Anfang 1997 die Post von der Knappschaft Bahn See kam, sah ich mit Entsetzen, dass der Zusatz ‚bergmännische Tätigkeit‘ im Datenblatt klammheimlich gelöscht worden war“, berichtet Wolf mit leiser Stimme. Der entscheidende Identifikationsschlüssel „bergmännisch i“ war in „sonstige Arbeiten“ umschlüsselt worden somit -Rentenanspruch bergmännisch „null“. Damit wurden rechtmäßig erworbene Rentenleistungen rückwirkend vom 31. Dezember 1990 bis weit zurück zum 1. Juli 1968 eiskalt gestrichen. „Vergleichbares ist in der Geschichte des weltweiten Bergbaues nicht bekannt“, schimpfen die Betroffenen. Wer nach dem 31. Dezember 1996 in Rente ging, stand plötzlich ohne seine erarbeitete Absicherung da. Im Schnitt fehlen seither etwa 500 Euro monatlich gestaffelt nach Dienstjahren. Aus fassungsloser Wut gründeten rund 600 Kumpel am 1. Juli 1997 die Solidargemeinschaft der Bergleute Braunkohleveredlung Espenhain-Borna, um gegen den eklatanten Rechtsbruch am Einigungsvertrag zu protestieren.

Die Schwelereien waren der größte Luftverschmutzer des Leipziger Raumes. Per Ministerratsbeschluss vom 8. Februar 1990 wurde die endgültige Einstellung der Produktion besiegelt. Im August 1990 fuhren die Anlagen für immer herunter, wurden demontiert – und die ökologische Katastrophe im Leipziger Südraum war beseitigt. Doch genau in diesem Moment begann der soziale Kahlschlag. Das treue Personal wurde im Eiltempo in den Vorruhestand, in direkter Abstimmung mit Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) in den sogenannten „Vor-Vorruhestand“ oder direkt in die nackte Arbeitslosigkeit geschickt. Nur ein kleiner Kern blieb für den gefährlichen Rückbau. Eine echte soziale Absicherung garantierte eigentlich die feierliche Vertrauensschutzvereinbarung vom 12. Februar 1990 – der offizielle Sozialplan. Punkt 6 versprach den Erhalt der Rentenansprüche. Doch nach dem Vollzug der Einheit war das Papier wertlos. Eine staatliche Begleitung fand nicht statt; die Bergleute wurden sich selbst überlassen.

In den politischen Institutionen regiert heute -über dreieinhalb Jahrzehnte später-eine Mischung aus Ignoranz und kollektiver Ahnungslosigkeit. „Unterstützung von unserem Ministerpräsidenten Michael Kretschmer? Absolute Fehlanzeige!“, bricht es aus Günther Freitag (89) heraus. Der ehemalige Instandhaltungsdirektor hatte Kretschmer 2018 dicke Ordner mit Unterlagen übergeben. „Danach kam nur ein Brief mit Datenschutzregelungen, den ich zurückschickte. Nun warte ich seit drei Jahren auf eine inhaltliche Reaktion. Es passiert überhaupt nichts.“ Kretschmers Sprecher verweist auf den Härtefallfonds und die Zuständigkeit des Bundes; man wolle „keine neuen Ungerechtigkeiten“ gegenüber West-Tagebauern schaffen. „Das ist eine völlig falsche Einordnung des Sprechers.“, erklärt Freitag, er fügt hinzu „Die Braunkohleschwelereien sind nur mit den Steinkohlekokereien des Westens zu vergleichen.“ Das Bundesarbeitsministerium (BMAS) wiederum wiegelt ab: Es liege „weder eine Aberkennung noch eine Enteignung“ vor, da laut Bundesverfassungsgericht knappschaftliche Begünstigungen ab 1997 nur noch für echte Untertage-Arbeit gelten. Klaus Dieter Wolf ist fassungslos: „Es ging in unserer gesamten Argumentation nie um eine Untertagetätigkeit! Die Herrschaften in den Ministerien verstehen überhaupt nicht, worum es im Kern geht! Es geht um die gesetzlich anerkannte bergmännische Tätigkeit in der DDR-Braunkohleveredlung auf Basis der Bergmannsrentenverordnung. Hier geht es um die Paragrafen 34 und 35 Ab-

satz 1 Steigerungssatz, sowie um den Status der bergmännischen Tätigkeiten nach Paragraf 41 Absatz 1.“ Erklärt Wolf. In den völkerrechtlichen Verträgen sei außerdem nie ein Stichtag für eine Enteignung benannt worden. Noch bis 2009 sei die Prüfung im Rentenbescheid offiziell ausgedruckt. Wolf fragt: „Keine Enteignung? Wie soll man es denn sonst bezeichnen, wenn man 20 Jahre lang in toxischem Staub und Gasen geschuftet hat, dafür gesetzlich einen Ausgleich erhielt, und diese Leistung vom Rechtsstaat ohne jede Begründung negiert wird? Dies hätte man den Bergleuten im Ruhrpott oder an der Saar unter dem Schutz der West-Gewerkschaften nicht im Ansatz zugemutet!“

Während Kokereiarbeiter vollen Bestandsschutz erhielten und den Kollegen der Kokerei Zwickau die Zusatzrente bei gleichen Einträgen im SV Buch gesichert wurde, gingen die Espenhainer leer aus. Dabei garantiert der Staatsvertrag vom 20. Mai 1990 in Artikel 20 den unbestreitbaren Schutz der erarbeiteten Renten, und Artikel 19 des Einigungsvertrages schützt rechtskräftige Ministerratsbeschlüsse. Für Espenhain existiert der Beschluss vom 8. Februar 1990, der von der frei gewählten Volkskammer – auch mit der Stimme von Dr. Angela Merkel – bestätigt und im Juli 1990 in Bundesrecht überführt wurde. In der dazugehörigen Vertrauensschutzvereinbarung vom 12.2.1990 waren die Ansprüche in Punkt 6 unmissverständlich geklärt.

Hier zieht der ehemalige Naturwissenschaftler Klaus Dieter Weißenborn einen bitteren ethischen Vergleich: „Kriegsverbrecher und ehemalige SS-Leute erhalten bis heute reibungslos Rentenleistungen auf Basis eines alten Hitler-Erlasses durch die Bundesrepublik. Aber für ehemalige DDR-Bürger setzt man völkerrechtliche Verträge nach wenigen Jahren einfach außer Kraft. Wo bleibt da eigentlich die Moral und Ethik der politischen Parteien?“

Genau dieser moralische Bankrott der heutigen Politik trieb den 83-Jährigen schließlich zum Austritt aus der SPD. „Die heutige Parteiführung missachtet ihre sozialdemokratischen Grundwerte“, begründet er den schweren Bruch. Ostdeutsche Interessen würden ignoriert: „Ich fühle mich wie ein Bürger zweiter Klasse. Zudem läuft der Aufrüstungskurs der Friedenspolitik der alten SPD völlig konträr.“

Die Liste der Enttäuschungen ist lang. Der frühere Ostbeauftragte Christoph Bergner (CDU) hätte den Rentnern gern geholfen: „Aber seine Ministerin Ursula von der Leyen hat ihn hängen lassen.“ Auch die Ampel hätte versagt. „Carsten Schneider verkündete einst großspurig mit Kanzler Scholz, die soziale Einheit vollenden zu wollen. Passiert ist nichts!“

Scharfe Kritik übt Weißenborn an die heutige Ministerin für Arbeit und Soziales, Bärbel Bas. In der Rentendebatte am 10. März 2019 soll sie der Leipziger Abgeordneten Daniela Kolbe (SPD) demonstrativ den Beifall verweigert haben, als diese statt des Härtefallfonds einen echten Gerechtigkeitsfonds forderte. „Bas blieb stumm. Es wundert mich nicht, dass wir aus Berlin heute keine Antworten mehr auf unsere Briefe bekommen.“

„Was bleibt vom Versprechen aus dem „Gleicke-Tiefensee-Papier“ von 2009 oder dem Wahlprogramm 2012? Damals schrieb die SPD-Ostgruppe fest: „Wir müssen Ungerechtigkeiten beseitigen. Nachteile für Ost-Versicherte darf es nicht geben. Das werden wir Sozialdemokraten tun. Wer denn sonst?!“ Passiert ist absolut nichts“, klagt Weißenborn. Die Parteispitze um Lars Klingbeil sitze das Thema Ostrenten aus. „Als der Grünen Abgeordnete Markus Kurth in einer Debatte polterte, das seien doch ‚nur Beitrittsbürger, für die gilt das Grundgesetz nicht‘, hatte ich es verstanden. Wir sind nur Bürger zweiter Klasse!“

Als vermeintliche Lösung sollte ein Härtefallfonds her. Doch Dietmar Polster vom Vorstand des Vereins „Runder Tisch Rentengerechtigkeit e.V.“ war von Anfang an kritisch: „Wir haben damals gewarnt: Wenn das Papier so formuliert wird, bekommen die Betroffenen am Ende nichts. Es ist ein wiederholter Schlag ins Gesicht.“ Die Kriterien seien von der Bundesregierung so restriktiv und realitätsfern konstruiert worden, dass betroffene Berufsstände wie Eisenbahner, Krankenschwestern, Bergleute oder Naturwissenschaftler überhaupt keinen Zugriff auf die Gelder hatten. Ein Austausch fand nie statt: „Mit den Betroffenen selbst wurde im Vorfeld gar nicht gesprochen. Dabei fordern wir lediglich das ein, was uns rechtmäßig zusteht.“ Auch die heutige Ostbeauftragte Elisabeth Kaiser, die den Betroffenen 2019 im Bundestag noch flammend zusprach, reiht sich für Polster in die Kette wirkungsloser Versprechungen ein: „An der Stelle sei bemerkt: Die Frage, ob der Posten des Ostbeauftragten eigentlich nur eine reine Alibifunktion erfüllt, können wir mit einem klaren „Ja“ beantworten. Die Regierung hofft schlicht auf die biologische Lösung.“

Selbst jüngste Schreiben vom Beginn des Jahres 2026 an Bundeskanzler Friedrich Merz, Bärbel Bas, SPD-Chef Lars Klingbeil und die Fraktionen blieben unbeantwortet. „Wir werden totgeschwiegen“, bilanziert Polster bitter. „Wenn wir uns die gesellschaftliche Landschaft und die Landtagswahlen vor Augen halten, sehen wir das direkte Ergebnis dieses Nicht-gehört-Werdens. Es wird nicht auf Augenhöhe mit dem Osten gesprochen. Der Härtefallfonds hat die Kluft nicht geschlossen, er hat sie weiter aufgerissen.“ Die Reaktionen aus dem politischen Berlin spiegeln die tiefe Kluft wider. Die AfD-Abgeordnete Ulrike Schielke-Ziesing stellt fest: „Die Konstruktion des Härtefallfonds war falsch. Nicht einmal fünf Prozent der Anträge von Ostrentnern wurden bewilligt – magere 2.734 DDR-Bürger erhielten eine Zuwendung. Das ist keine Gerechtigkeit.“ Da der Fonds seither als erledigt gilt, habe man auch 2024 und 2025 auf einen echten „Fairnessfonds“ gepocht. Sehr zurückhaltend war die CDU/CSU-Pressestelle: „Vielen Dank für Ihre Nachricht. Leider müssen wir Ihre Anfrage absagen.“ Die Linke teilt immerhin mit, dass die Kumpel seit drei Jahrzehnten um ihre Sonderrente kämpfen und man mit ihnen in Kontakt sei, während SPD, Grüne, FDP und das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) die Presseanfragen komplett unbeantwortet ließen. Deutliche Worte finden die Freien Wähler: „DDR-Zusatzrenten sind eine Lebensleistung, die anerkannt werden muss. Dass die Ansprüche der Kumpel aus der Braunkohleveredlung unter den Tisch gefallen sind, ist ein Skandal.“ Die gesundheitliche Beeinträchtigung sei zweifelsfrei real; die Ansprüche müssten nun als versicherungsfremde Leistungen dringend aus Steuermitteln beglichen werden.

Die zuständige Knappschaft-Bahn-See lehnt jede Positionierung ab: „Die Thematik wurde in allen Facetten geprüft und höchstrichterlich entschieden. Daher werden wir keine Stellung mehr beziehen.“ Auch das Bundesarbeitsministerium (BMAS) verweist auf den Härtefallfonds: „Die Stiftung ist Ende 2025 beendet worden, weil der Stiftungszweck erreicht wurde.“ Für das Ministerium ist der Zweck erreicht, während fast alle ostdeutschen Antragsteller leer ausgingen und Hinterbliebene ignoriert werden. Die Kumpel schäumen: „Wir haben alle einen Antrag gestellt und keiner von uns hat auch nur einen Cent bekommen! Wir lagen wegen unserer regulären Rente ohnehin über der maximalen Grundsicherung von 830 Euro. Ein Skandal, dass den Herrschaften das vorher nicht klar war.“ erklärt Günther Freitag. Auf die Nachfrage, ob sich ein Ostbeauftragter je mit sächsischen Ministern zu dem Thema getroffen habe, flüchtet sich eine Sprecherin der Ostbeauftragten in Formulierungen zu „effizienter Verwaltung“: Eine Dokumentation von Terminen oder Telefonaten sei rechtlich nicht geboten und leistbar. Zudem verwies die Behörde auf höchstrichterliche Urteile, die jedoch alle erst nach 1998 gefällt wurden. Für Klaus-Dieter Wolf ist das ein billiges Ablenkungsmanöver: „Keines dieser Urteile begründet die Aberkennung unserer Zusatzrente – denn die wurde von der Bürokratie ja bereits 1997 klammheim-

lich vollzogen!“ Am Rand des stillgelegten Tagebaus stehen die Kumpel, um deren Lebensabend in Berlin so kühl gefeilscht wird. Arthur Hähnel (84), ehemaliger Inspektor der obersten Bergbehörde, blickt auf die kahl sanierte Landschaft, in der einst die Schornsteine rauchten. Seine Stimme zittert vor Zorn: „Ich bin entsetzt, wie mit uns umgegangen wird. Ich hatte nie an der Wichtigkeit unserer Arbeit gezweifelt und mit dem Glauben an die gute Rente, die mich und unsere Kumpel einst erwarten wird, lange durchgehalten. Wir haben alle die harte Arbeit und die Gesundheitsrisiken in Kauf genommen. Dass wir einmal so behandelt werden, hat mir den Glauben an den Rechtsstaat genommen.“ Dass es überhaupt so weit kommen musste, liegt jedenfalls nicht am mangelnden Einsatz in der sächsischen Heimat. Petra Köpping hatte sich bereits in den vielen Jahren vor ihrem derzeitigen Amt als sächsische Ministerin für Soziales und gesellschaftlichen Zusammenhalt intensiv für die Belange der Bergleute engagiert. „Wir haben Briefe und Schreiben, die ihren unermüdlichen Einsatz schwarz auf weiß bezeugen, lange bevor sie Ministerin wurde“, betonen die Mitglieder der Solidargemeinschaft dankbar. Immer wieder adressierte Köpping die Interessen der Betroffenen direkt an die Bundesregierung, wandte sich an Bundestagsabgeordnete sowie Spitzenpolitiker wie Hubertus Heil und Bärbel Bas, oft auch in gemeinsamen Vorstößen mit Martin Dulig. Neben unzähligen Absagen und zähen Treffen in den Berliner Ministerien ist bei der sächsischen Politikerin im Laufe der Jahrzehnte vor allem ein einziger, zutiefst schockierender Satz hängen geblieben. „In Berlin musste ich mir aufgrund meines Engagements für unsere Bergmänner mal am Rande der Gespräche sagen lassen: Ach hören Sie doch auf, wegen den paar Leuten... so viele sind es doch nicht mehr.“
Es entlarvt das eiskalte Kalkül einer Bundespolitik, die das Problem nicht lösen, sondern schlicht aussitzen will, bis es sich von selbst erledigt. Während in Berlin scheinbar auf die biologische Lösung gehofft wird, blicken die Kumpel am Tagebaurand schweigend in die Ferne. Sie gehören zu den Letzten aus dem alten Revier, die noch die Kraft haben, für ihre gestohlene Lebensleistung und im Namen der 334 Verbliebenen ihre Stimme zu erheben. Doch ihnen und ihren wenigen noch lebenden Kollegen rennt die Zeit unbarmherzig davon. Der Rechtsstaat schaut weg, die Berliner Uhren ticken weiter – und mit jedem vergehenden Monat stirbt ein Stück der hart erarbeiteten Gerechtigkeit von Espenhain für immer weg.

Alexander Schumann, 13.08.2026

Alterssicherung und der Kampf um Rentengerechtigkeit

Die Alterssicherungskommission der Bundesregierung hat es nicht verstanden, eine Reform, die den Namen Reform verdient, auf die Agenda zu setzen. Dieser Kommission gehörten weder Gewerkschaften noch Sozialverbände an.

Ziel war, die Rente aus verschiedenen Säulen bei 70 Prozent Nettoeinkommen eines Durchschnittsverdieners zu sichern. Das Problem: Es gibt keine rechtlichen Folgen, falls das Ziel nicht erreicht wird.

Eine Reform wäre, wenn alle in die gesetzliche Rentenversicherung, nach dem Beispiel Österreichs in die Rentenkasse, einzahlen, natürlich unter der Beachtung der Besitzstandswahrung.

Fazit: Dieses Papier (Empfehlung der Alterssicherungskommission) ist wieder nur Stückwerk, zumal die „Altlasten“ aus der Wiedervereinigung, die Rentenungerechtigkeit, nicht mehr in die Bewertung aufgenommen wurden.

Mit dem Rentenabschlussgesetz 2017 wurde, entgegen früheren Wahlversprechen, lediglich ein Fahrplan der „Rentenpunktewerte“ bis 2024 festgeschrieben (OST/WEST-Angleichung).
Mit dem Härtefallfonds ist die Bundesregierung überzeugt, dass damit die Rentenungerechtigkeit beseitigt, sei.

Diese Aussage ist für uns Auftrag, den politischen Kampf gegen das Rentenunrecht/Rentenstrafrecht weiterzuführen. Was haben wir als ISOR-Vorstand seitdem getan:

Wir haben den Bundeskanzler im Monat März 2026 angeschrieben, gleichzeitig die Parteivorstände von CDU, SPD und CSU. Aus den Parteizentralen gab es keine Reaktion.

Im Monat Juni 2026 haben wir alle rentenpolitischen Sprecher der im Bundestag vertretenen Fraktionen kontaktiert, mit der Bitte um einen Gesprächstermin. Diese Briefe blieben unbeantwortet. Im Monat August, nach der Sommerpause des Deutschen Bundestages, haben wir erneut diesen Teilnehmerkreis kontaktiert. Darauf gibt es jetzt Gesprächstermine im Monat November mit dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linkspartei.

Nach den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt sowie zum Abgeordnetenhaus in Berlin wurden die Parteien kontaktiert, die einen Regierungsauftrag haben bzw. in eine Koalition gehen.

Wir fordern die Landesregierungen und Landesparlamente mit allem Nachdruck auf, ein Gesetz zur Schaffung eines „Gerechtigkeitsfonds“ zu verabschieden, aus dem allen betroffenen Angehörigen der einzelnen Gruppen eine gerechte und angemessene Entschädigung in Höhe eines fünfstelligen Betrages gezahlt wird. Die Beseitigung des Rentenunrechtes muss in der kommenden Legislaturperiode endlich auf Landesebene in Richtung der Länderkammer des Bundes getragen werden. Die Antragsberechtigung der Länder regelt der Einigungsvertrag

Hinweis an alle Leser von ISOR-Aktuell: Im Monat Januar 2027 wird der Vorstand eine Sonderausgabe zum Rentenunrecht und zu unserer weiteren Strategie herausgeben.

Vielen Dank auch an die Landesbeauftragten und die TIGs für die Unterstützung.

D. Polster
Rentenpolitischer Sprecher des ISOR-Vorstandes

✶ ✶ ✶ Hinweis Geschäftsstelle ✶ ✶ ✶

Ab sofort ist die Leitung der Geschäftsstelle unter der **neuen Rufnummer 0152 087 985 38** zu erreichen.

Die Rufnummer 030-2978 43 16 wird zum 01.11.2026 abgeschaltet.

Die Rufnummern 030-2978 43 19 (Buchhaltung)
und die Nummer 030-2978 43 20 (FAX) bleiben bestehen.

SALUD! Solidaridad! Wurzeln

Das Erinnern an den Spanischen Krieg, an die 4500 Toten aus den Internationalen Brigaden, an das Schicksal der überlebenden Kämpferinnen und Kämpfer nach 1938 und ihren Einsatz in der Sowjetischen Besatzungszone und ihr Beitrag zum Aufbau einer Gesellschaft der Zukunft unter sozialistischen Vorzeichen stand im Mittelpunkt dieser Veranstaltung am 13. September 2026. Für uns als Mitglieder der ISOR e. V. war dies auch ein Gedenken an die erste Generation, die den Aufbau der bewaffneten Organe der Deutschen Demokratischen Republik ins Werk setzten. Stellvertretend seien genannt: Friedrich Dickel, Heinz Hoffmann und Erich Mielke auf zentraler Ebene, für die Frankfurter Kurt Grünler, 1952 Leiter der Bezirksverwaltung und 1955 Leiter der Bezirksverwaltung Suhl. Wir gedachten auch der vielen Interbrigadisten, deren Lebensweg in der Volkspolizei, der Nationalen Volksarmee, dem Ministerium für Staatssicherheit mehr oder weniger nachvollzogen werden konnte. Nicht zu vergessen ist ihr Wirken in anderen staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen. Eine Gründergeneration der Deutschen Demokratischen Republik, die die Gegner der Deutschen Demokratischen Republik kannten. Erich Weinert schrieb im Namen all der Spanienkämpfer 1938, als das Ende des Spanischen Krieges beschlossen war:

Wir gehen zurück in eine andre Welt,
Als Partisanen, nicht als Veteranen.
Und wo der Feind sich auch entgegenstellt:
Der Kampf geht weiter! Bis die Festung fällt.

Klaus-Dieter Jäschke,
TIG Barnim, September 2026

Veranstaltung zum 75. Jahrestag

der Gesetzgebung zum Schutz der Staatsgrenzen der CSSR

Auf Grund der Tatsache, dass ich außer Mitglied bei ISOR auch Mitglied im Traditionsverband Nationale Volksarmee/ Grenztruppen der DDR Regionalgruppe Vogtland/Erzgebirge bin, nahm ich mit anderen Weggefährten am 11.07.2026 in Krasna in Tschechien an einer Veranstaltung zum 75. Jahrestag der Gesetzgebung zum Schutz der Staatsgrenzen der CSSR teil.

Wir wurden eingeladen von ehemaligen Angehörigen der 5. Grenzbrigade Cheb.
Unmittelbar nach der Begrüßung durch Major Václav Janca fand eine Kranzniederlegung zu Ehren der zwischen 1918 und 1992 ermordeten Grenzschützer statt. Auch unsere Delegation ehrte sie mit einer Blumenschale.

Im Anschluss erfolgten verschiedene Redebeiträge. Im Auftrag unserer Delegation bedankte sich unser Delegationsleiter Oberstleutnant a. D. Frank Kursawe in einer kurzen Rede für die Einladung zu dieser Veranstaltung. Er würdigte die über 20 Jahre anhaltende Freundschaft zwischen den Grenzschützern der 5. Grenzbrigade Cheb und den Grenzern der Grenztruppen der DDR.
Im Laufe der weiteren Veranstaltung wurden auf Beschluss des Vorstandes die Ehemaligen der 5. Grenzbrigade Cheb mit der Ehrennadel des Verbandes NVA/GT ausgezeichnet, dazu gab es den Ehrenwimpel und eine Geldspende. Des weiteren wurden fünf verdienstvolle ehemalige tschechische Grenzer mit Ehrenmedaillen geehrt.
Von tschechischer Seite aus wurden Mitglieder unserer Regionalgruppe Vogtland/ Erzgebirge mit der Erinnerungsmedaille zum 75. Jahrestag der tschechischen Grenzschützer gewürdigt.
Ein gemeinsames Mittagessen und viele persönliche Gespräche beendeten diese hervorragende Veranstaltung, und alle freuen sich schon wieder auf das nächste Mal.
Es war wieder einmal sehr schön, mit Gleichgesinnten und früheren Waffenbrüdern zusammen zu sein.

Jürgen Jattke
Vors. TIG Stollberg/ Erzgebirge

Kunst der Zersetzung

Manipulatiostechniken der Nachrichtendienste

Autor Wolfgang Schmidt

Am 15. September 2026 hatten wir Oberstleutnant a. D. – langjähriges Mitglied des Vorstandes unseres Vereins – zur Vorstellung seines Buches „Kunst der Zersetzung“ zu uns nach Chemnitz eingeladen. Auf dieses Buch waren wir aufmerksam geworden durch Informationen in ISOR aktuell.
Ziel und Anliegen der Veranstaltung waren die Vermittlung von Wissen und Erfahrungen über praktische Anwendung der Unterschiede der Anwendung dieser Methodik durch Nachrichtendienst der DDR und der Dienste der Bundesrepublik vor und nach dem Anschluss der DDR an die BRD.
Um es vorweg zu nehmen: Wir erlebten einen außerordentlich interessanten Einblick in die Handhabe der Methoden in den beiden Systemen, natürlich auch Wolfgang als überzeugenden, objektiven Kenner des Metiers.

Der Autor, selbst Angehöriger des MfS gewesen, informiert in seinem Buch über die Anwendung von Zersetzungsmaßnahmen des MfS als von konkreten Dienstanweisungen geregelte Methode zur Abwehr bedeutsamer Angriffe innerer und äußerer Feinde der DDR gegen die staatliche Sicherheit, ohne strafrechtliches Vorgehen. Maßnahmen waren von leitenden Offizieren der Diensteinheiten genehmigt zu erhalten.
Heute in der BRD wenden Geheimdienste, Organisationen, selbst Parteien komplexe Maßnahmen der Zersetzung gegen oppositionelle Gruppen / Einzelpersonen, gegen Friedensbewegungen, gegen Parteien, besonders DIE LINKE und deren Mitglieder, an. Wolfgang belegte das u. a. mit seinen persönlichen Erfahrungen durch Medien, durch die Justiz u. a. Seine von Überzeugung und Sachlichkeit geprägten Ausführungen animieren nicht nur zum Lesen des Buches, sondern auch zur Wachsamkeit, zur kritischen Betrachtung der Umwelt.
Wir sagen mit unserer Information nochmals herzlichen Dank dem Autor.

P. Eichler, *TIG Chemnitz*

Der Kampf um Frieden und soziale Sicherheit erhielt einen Impuls

Am 3. Oktober wurde in Berlin nicht die (misslungene und unvollendete) „Deutsche Einheit“ gefeiert. Menschen aller Altersgruppen aus allen Teilen des Landes kamen am Brandenburger Tor zusammen, um ihre Stimme zu erheben gegen Krieg, Militarisierung des Landes, Wehrpflicht, Hochrüstung und den damit verbundenen sozialen Kahlschlag. Das „Bündnis Friedensdemo 03.10.“, bestehend aus über 200 Organisationen und Zusammenschlüssen hatte nach Berlin und Stuttgart eingeladen, und Tausende kamen.
Diesen Kundgebungen vorangegangen waren am 25. und 26. September in vielen Teilen des Landes Demonstrationen gegen die Kahlschlagpolitik der Regierung (175 000 Teilnehmer), gegen Wehrpflicht und Militarisierung (45 000 Schüler) sowie der Protest von 170 000 Metallern gegen die Arbeitsplatzvernichtung in der Automobilbranche.
Es war ein buntes Friedensfest auf den Straße von Berlin, an dem auch eine Gruppe von Friedensfreunden aus der Großregion Rostock teilnahm, darunter auch zahlreiche ISOR-Mitglieder, die wieder, wie auch die Jahre zuvor, mit einem gemieteten Reisebus anreisten.

Vertreter von Parteien, Bündnissen, Gewerkschaften und Initiativen erinnerten in ihren Reden an den Zusammenhang von Hochrüstung und Sozialabbau, die Vorgeschichte des Ukraine-Krieges, die Kriegsgefahr durch die Absicht Deutschlands, die größte Armee des Kontinents zu schaffen, den generellen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Krieg, den legitimen Kampf des palästinensischen und kubanischen Volkes um ihre Existenz und Selbstbestimmung. Der Streik wurde als wirksamstes Mittel gegen die volksfeindliche Regierungspolitik genannt. Auf den Losungen der Plakate und Transparente der Teilnehmer war die gesamte Bandbreite der Themen dieses Tages zu lesen. Da ging es unter anderem um Friedenstüchtigkeit, Diplomatie zur Beendigung von Kriegen, Konsequenzen von Wehrpflicht, Hochrüstung und Militarisierung, die Unfähigkeit der Politik in Deutschland, die Probleme zu lösen, das Existenzrecht von Palästina, die Beendigung des Genozids im Gaza und der mörderischen Blockadepolitik gegen Cuba.
Hervorzuheben und nicht zu übersehen war aber auch, dass viele junge Leute sich an dieser Kundgebung am 3.10. beteiligten.
Dieser kollektive Protest machte die Möglichkeit und Notwendigkeit von Geschlossenheit im Friedenskampf sichtbar. Es kommt nun darauf an, diesen Friedenswillen weiter zu stärken, ihn zu verstetigen, ihn in jeden Betrieb, in jede Bildungseinrichtung, in jede Wohnung zu tragen.

Auf der Heimfahrt schlossen sich die 37 Friedenskämpfer in unserem Bus einer Spendensammlung der kleinen ISOR-TIG Kühlungsborn an und erhöhten die Spendensumme von vorhandenen 200 auf 560 €!

Bernd Gnant, *TIG Kühlungsborn*

Angeregt aus den wichtigen aktuellen Diskussionspunkten der TIG Potsdam am 9.9.2026

• über AFD -Wahlsieg in Sachsen / Anhalt – BSW + Linke – Friedensfrage • Meine Auffassung zur FRAGE aller FRAGEN!

Wie wird FRIEDEN JETZT möglich? Welche Signale sind angesichts der sich ständig erweiternden Kriege in der Welt und der nie dagewesenen Hochrüstung bis in den Weltraum mit den schlimmsten Folgen für Mensch und Umwelt noch nötig, um zu begreifen:
Unsere Erde steht nach der „WELT-Untergangsuhr für die Menschheit („Doomsday Clock“), aktuell von verantwortungsvollen Wissenschaftlern aus aller Welt gestellt, auf 85 Sekunden vor 12 vor dem von uns Menschen selbstverschuldeten möglichen Untergang. (Siehe auch ISOR aktuell Nr.9/2026)

- JETZT muss dieser Wahnsinn der politisch Verantwortlichen für diese Kriege mit der größten Mensch- und Umweltzerstörung gestoppt werden!
- JETZT muss eine Politik der Völkerverständigung in FRIEDEN, der Verhandlungen und der radikalen Abrüstung, besonders der Atomwaffenarsenale, durchgesetzt werden.
- Nur dann werden die Mittel in der ganzen Welt frei für die Lösung der gravierenden Gefahren für uns als Menschheit auf der wunderbaren Erde und für eine solidarische Entwicklung aller Völker dieser Welt.
- Nur dann kann und wird die UNO oder eine neu zu gestaltende Weltorganisation wirklich für eine Menschheit mit Zukunft auf der Erde beitragen können.

Unsere Hauptaufgabe für den Erhalt unseres Leben in Frieden lautet:
Einigung aller Kräfte für FRIEDEN und ABRÜSTUNG unter einem gemeinsamen SYMBOL des Widerstandes, dem Millionen folgen können.
Dieses Symbol kann die FRIEDENSTAUBE von Picasso zur ersten Weltfriedenskonferenz 1949 in Paris sein. Die Friedenstaube ist weltweit seit Jahrzehnten schon bei vielfältigen Aktionen präsent und anerkannt. Sie vereint Atheisten und Gläubige als ein Zeichen für Frieden und Versöhnung.

Welche Kraft für FRIEDENSBOTSCHAFTEN in der ganzen Welt ist da vorhanden! Der Streit aus den Unterschieden der Positionen und Weltanschauungen ist eine stets die Menschheit begleitende Erscheinung. Dieser Streit kann friedlich ausgetragen werden.

Menschenverachtende, gar tötende radikale und rassistische Politik, Antihumanismus und Ausgrenzungen muss entgegengetreten werden und keine Chance der politischen Macht-Realisierung gegeben werden.

Aber auch eine „Brandmauer“ gegen die AfD spaltet die Friedenskräfte. Sie verhindert, dass die AfD als starke politische Kraft klare Positionen für Frieden einnimmt. Für viele ihrer Wähler waren und sind die alltäglich spürbaren negativen Auswirkungen der gegenwärtigen falschen Politik der Regierenden die Wahlentscheidung. Die in der AfD vorhandenen neofaschistischen Auffassungen und Praktiken traten dabei für eine breite Öffentlichkeit und Wähler in den Hintergrund.

Unsere Ziele sind klar:
FRIEDEN herstellen und erhalten durch Verhandlungen und weltweite Abrüstung; nur so sind die Lebensgrundlagen für die ganze Menschheit auf der Erde zu sichern.

„Es gibt keinen Weg zum Frieden, Frieden ist der Weg“ – M. Gandhi

Das Beibehalten der Spaltungen in allen politischen Lagern hilft nur den Profiteuren von Macht und Krieg. Die GEMEINSAMKEITEN unter der Friedenstaube machtvoll in die ÖFFENTLICHKEIT tragen ist das Erfordernis zur internationalen Durchsetzung gegen die herrschende Macht- und Kriegspolitik.

Vorschlag: Über OKV und GRH-Mitglieder und Friedensaktivisten in allen Organisationen, Parteien, Bewegungen, Verbänden ..., in den Kirchen und Religionsgemeinschaften aufzurufen, zu einem einheitlichen zeitnahen Termin unter der Friedenstaube an vielen Orten in Deutschland mit dieser einheitlichen Forderung nach FRIEDEN durch VERHANDLUNGEN und ABRÜSTUNG eine Massendemonstration und vorbereitete Petition an die Bundesregierung zu gestalten, gemäß Grundgesetz, Artikel 26 „FRIEDEN als AUFTRAG“ zu praktizieren. Der 3.Oktober mit den geplanten Friedensdemonstrationen in Berlin und Stuttgart kann dafür ein Auftakt werden.
Solch ein ZEICHEN ist jetzt notwendiger denn je. Eh es zu spät ist!

Wolfgang Groch,
TIG Potsdam-Wildpark/Werder

Götterfunken kriegsbetrunken

Zum Tag der deutschen Spaltung
Durch Kapitalverwaltung
Gilt nunmehr, was Konzernen dient,
Drum ward der Frieden auch vermint.

Wo Eigentum enteignet wird,
Das, welches doch dem Volk gehört,
Bleibt wenigen Krieg für Profit
Ihr Götterfunken im Orbit.

Wie einst, bezahlt, brüllt jeder - Tor
Beim Eigentor in einem Chor
Der Torheit, die weltweit bedingt,
Dem Untergang uns nahe bringt.

Und sehn wir, was da schillert nicht:
Raketen, Drohnen als Gedicht -
Ein Feuerwerk schier atomar.
Wird derart Schillers Ode wahr?

E.Rasmus

Am 13.10.2026 führte die TIG Chemnitz ihre Mitgliederversammlung zur Auswertung und Information über die Vertreterversammlung durch.

Gast war Joachim Bonatz, der in einer kurzen Auswertung über die aus der Vertreterkonferenz resultierenden Anforderungen informierte. Ebenso informierte er, dass mit der Umbau-Verjüngung des Vorstandes in Berlin die Weichen für eine zukunftsfähige Führung des Vereines gestellt wurden. ISOR ist arbeitsfähig, in der Breite, wie auch in der Fläche. In Bezug auf die Rentenproblematik ist ISOR gut aufgestellt, aber gut beraten, da im Schulterschluss mit den „im Osten davon Betroffenen“, zu agieren und sich in den Kampf für soziale Gerechtigkeit und sozialen Frieden einzubinden. Heinz Engelhardt erinnerte daran, dass ISOR ein Verein und keine Partei ist, gebunden an seine Satzung und gesellschaftliche Regularien, dass das Engagement und der persönliche Einsatz der Vereinsmitglieder letztendlich die Grundlage für ein breites Vereinsleben sind. Peter Eichler griff diesen Gedanken auf und forderte, diese Kraft zu nutzen um in der Stadtgesellschaft gemeinsam mit Gleichgesinnten zu den Fragen der sozialen Gerechtigkeit, des sozialen Friedens präsenter zu werden. Wenn wir in einer unserer Beilagen geschrieben haben „Wir sind gekommen, um zu bleiben“, dann bleibt das auch dabei. Mit dem neuen Zusatz, „wir müssen präsenter werden“.

Heinz Krummney, *TIG Chemnitz*

Damit unsere DDR-Erinnerungen nicht verloren gehen: Ein notwendiger zweiter Hinweis

Dieser Artikel wurde bereits in einer früheren Ausgabe von ISOR aktuell veröffentlicht. Wir greifen ihn bewusst erneut auf, weil die Sicherung authentischer Materialien und Zeitzeugenberichte immer dringlicher wird und die historische Erinnerung ohne aktives Engagement weiter verloren geht.
Vieles, was Menschen aufgebaut, geleistet und gestaltet haben, droht verloren zu gehen oder wird bewusst verzerrt dargestellt. Der Historiker Tobias Bank, seit Jahrzehnten engagierter Sammler und Mitglied der Friedensglockengesellschaft Berlin e. V., widmet sich dieser Aufgabe mit großer Ernsthaftigkeit: Er sammelt, katalogisiert und dokumentiert Erinnerungsstücke aus der DDR und macht sie in Ausstellungen und Publikationen zugänglich. Seine Arbeit ist nur möglich, weil Menschen ihm ihre Objekte anvertrauen.
Aktuell sucht er für ein wissenschaftliches Buch weitere Exponate – insbesondere Ehrengeschenke aus bewaffneten Organen und dem Jagdwesen – sowie Zeitzeugen aus Schmieden, Gravur-Werkstätten und auszeichnenden Institutionen.
Der Aufruf lautet: **Lasst uns diejenigen unterstützen, die unsere Geschichte bewahren.**
Wir unterstützen sein Anliegen ausdrücklich. Referenzen von zahlreichen Personen der Zeitgeschichte unterstreichen seine Ernsthaftigkeit beim Sammeln und Forschen.
Falls ihr noch Abzeichen, Orden, Medaillen, Urkunden, Fahnen, Fotos, Brigadetagebücher, Uniformen, Ehrengeschenke, Uhren und Wecker habt, die nicht mehr gebraucht werden, dann meldet Euch bitte beim Genossen Tobias Bank per E-Mail unter tobiasbank@gmx.de oder per Handy: 01746240053.

Anja Mewes, *stellv. Vorsitzende*

Gibt es eine Hilfe für uns?

Liebe Leser der GRH und von ISOR, unsere Berliner RotFuchs-Singegruppe konnte zum Friedensfest der UZ wieder einen erfolgreichen Auftritt vor vielen Menschen absolvieren. Weil unser Gitarrist schon mehr als ein Jahr schwer erkrankt ist, half uns Hartmut König aus der Klemme, doch er hat viele andere Verpflichtungen.
Deshalb suchen wir verzweifelt nach einem Mitstreiter, der uns auf Gitarre, Akkordeon oder Keyboard musikalisch unterstützen und begleiten könnte. Wir proben jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, meist von 11 – 13 Uhr und haben ein umfangreiches Repertoire von Arbeiter- und Kampfliedern, einigen russischen Liedern, DDR- und Singebewegungs-Liedern und für friedliche Zeiten auch einige Volks- und Weihnachtslieder.
Sollte jemand diese Tagesfreizeit haben und auch bereit sein, uns bei diversen Auftritten zur Seite zu stehen, so möge er sich bitte bei Konstantin Brandt, Tel.: 0174 9590532, oder Gabi Parakeninks, Tel.: 0151 15542932, melden.
Der Kampf um den Frieden wird uns reichlich beschäftigen!
Wir freuen uns auf einen rettenden Engel, aber besser einen Instrumentalisten, denn nicht die sanfte Harfe ist gefragt, sondern Trommeln und Posaunen des Kampfes!

Eure singenden ***RotFüchse***

Heimatschutzgruppe: Die neue Heimatschutzdivision der Bundeswehr gegen den äußeren und inneren Feind

Autor: Lothar Schröter
Verlag: Hintergrund
16,80 Euro
ISBN-13: 978-3910568372

Mit Wirkung vom 1. April 2025 wurde die Heimatschutzdivision als Verband des Heeres der Bundeswehr in Dienst gestellt. Damit entstand in der Geschichte der deutschen Streitkräfte ein völlig neuer Truppenkörper. Ihre Sollstärke beträgt 6.000 Soldaten. Es gibt Hinweise darauf, dass perspektivisch eine Aufstockung auf bis zu 22.000 Soldaten vorgesehen ist. Eine wesentliche Aufgabe der Truppenteile und Einheiten der Heimatschutzdivision ist in den Darstellungen zu ihr entweder nur versteckt zu finden oder wird gänzlich verschwiegen. Es ist der Einsatz im Innern bei angespannten oder gewaltsamen Auseinandersetzungen größeren Maßstabs, darunter auch gegen die eigene Bevölkerung. Auf der Basis gesetzlicher Regelungen sind zuerst die Bereitschaftspolizeien der 16 Bundesländer gefordert. Sie zählen heute etwa 16.400 Beamte. In der Masse sind sie in Einsatzhundertschaften, untergebracht in kasernenähnlichen Objekten, mit bis zu etwa 125 Frauen und Männern zusammengefasst. Sollten diese nicht ausreichen, kommt die zum Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums gehörende paramilitärische Bundespolizei zum Einsatz. Ihr Kern, die Bundespolizeiabteilungen, umfasst gegenwärtig etwa 6.000 uniformierte Einsatzkräfte. Tatsächlich werden die Polizeien der Länder und die Bundespolizei nicht nur für ihren Auftrag zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger ausgebildet und trainiert, sondern auch für den Einsatz gegen alle, die als Verfassungsfeinde angesehen werden. Wenn die polizeilichen Kräfte in ihrer Gesamtheit innere Konfliktfälle nicht beherrschen sollten, soll die Heimatschutzdivision zum Einsatz kommen.

Text aus Amazon.de

Impressum

Vorsitzender: Joachim Bonatz
Postanschrift: ISOR e. V.
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Herausgeber: ISOR e. V.
Leiterin / Redaktion: Anja Mewes
E-Mail: isor-aktuell-redaktion@t-online.de
Vertrieb: Bernd Hartmann
E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Layout: Ulrike Schiga, LibelleDeko
Herstellung: MediaService
Internet: www.isor-sozialverein.de

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich Sinn wahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 15.10.2026
Print- & Internetausgabe: 03.11.2026
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 12.11.2026

Leiter der Geschäftsstelle / Schatzmeister und Statistik:
Bernd Hartmann
Mi: 10-15 Uhr
(weitere Bürotermine nach tel. Vereinbarung)
E-Mail: isor-berlin@t-online.de
Tel.: 0152 087 985 38
FAX: 030 2978 43 20

Rente/Soziales:
Steffen Haupt
Tel. 030 297843-19
E-Mail: hauptsteffen@gmx.net

AG Soziales und Betreuung:
Florian Münter
Telefon: 0151 41 46 65 51
Email: isor-sozialebetreuung@t-online.de

Buchhaltung: Sonja Franz,
Mo-Do: 8-15 Uhr
Tel.: 030 297843-19
E-Mail: isor-finanz2@t-online.de

Bankverbindung:
Berliner Sparkasse
Empfänger: ISOR e. V. Berlin
IBAN: DE431005 0000 1713 0200 56
BIC: BELADEBEXXX